

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte jährlich 12 Mark, für den Rest des Reichs jährlich 13 Mark, für Ausland jährlich 15 Mark. Einzelhefte 12 Pfennig.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Reichs- und Landesregierungen, der Provinzial- und Kreisverwaltungen, der Städte, Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen.

Anzeigenpreis: für Leipzig 1 Mark, für den Rest des Reichs 1,20 Mark, für Ausland 1,50 Mark. Einzelhefte 12 Pfennig.

Nr. 436

Montag, den 10. Oktober

1921

Wendung in der Entscheidung über Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht)

Genf, 10. Oktober.

In der ober-schlesischen Frage, die unmittelbar vor der Entscheidung steht, muß sich im letzten Augenblick noch eine neue Wendung vollzogen haben, über deren Ursachen und mögliche Folgen natürlich nichts Bestimmtes bekannt ist. Für Sonntag nachmittag 4 Uhr war eine Sitzung des Völkerbundrates angesetzt worden, bei der es sich um eine wichtige Angelegenheit, also wahrscheinlich um Oberschlesien, handeln sollte. Es wäre dies die erste Sitzung des Völkerbundrates gewesen, die sich nach der Übertragung der Angelegenheit an die Biererkommission mit der ober-schlesischen Frage beschäftigt hätte. Diese Sitzung ist nun Sonntag vormittag plötzlich abgefallen und auf Montag 10 1/2 Uhr verschoben worden. Dagegen versammelte sich die Biererkommission im Generalsekretariat des Völkerbundes gegen 5 1/2 Uhr nachmittags.

Die gegenwärtige Lage scheint etwa folgende zu sein:

Die Biererkommission des Völkerbundes war sich über einen Teilungsplan einig geworden, der einen größeren Teil des Industriegebietes und fast den ganzen Kreis Krynitz bei Deutschland beläßt, dagegen Polen den Kreis Hüh und größere territoriale Kompensationen im Nordosten der Provinz (in den Kreisen Lublin und Kolberg) zuteilt. Die Vereinigung der deutschen und polnischen Arbeiterführer, die nicht mit gleicher Intensität, aber doch ziemlich übereinstimmend die Unteilbarkeit des eigentlichen Industriegebietes erklärten, soll nunmehr bei der französischen Regierung wieder den Plan in Erinnerung gebracht haben, das Industriegebiet zu „neutralisieren“, und zwar gemeinsam mit einer deutsch-polnischen Verwaltung unter Oberaufsicht des Völkerbundes für eine längere Reihe von Jahren. Nach anderen Lesarten soll diese „dreigliedrige“ Kommission die Aufgabe haben, nur wirtschaftliche Streitigkeiten beizulegen. Dieser Gedanke sei von dem belgischen Delegierten Humans ausgegangen und schließlich von seinen Kollegen gebilligt worden. Gerüchte verlauten, daß auch die englische Regierung in gewissen untergeordneten Einzelheiten Einwendungen gegen die vorgeschlagene Grenze erhoben habe.

Nach dem Bericht des Genfer Korrespondenten des New York Herald hingegen liegt die Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien den Mächten bereits vor. Diese hätten sich jedoch geweigert, ihren Vertretern im Völkerbundrat deren Billigung zu gestatten, falls nicht gewisse Änderungen getroffen würden. Es verlaute, daß ein nichteuropäisches Mitglied des Völkerbundes gedroht habe, sich von der ganzen Angelegenheit zurückzuziehen. Inzwischen würden Geheimversammlungen über die vorgeschlagene Lösung fortgeführt.

Die Rückkehr des Reichskanzlers

Berlin, 10. Oktober.

Reichskanzler Dr. Wirth trifft von seiner Urlaubreise nach Baden heute abend wieder in Berlin ein. Seine Rückkehr erfolgt früher, als ursprünglich geplant war, da die ober-schlesische Frage in ihr kritisches Stadium getreten ist.

Der Essener Pazifistenkongress

(Eigener Drahtbericht)

Essen, 10. Oktober.

Sonntag vormittag fand hier unter außerordentlich lebhafter Beteiligung die öffentliche Zusammenkunft des Pazifistenkongresses statt. A. merkwürdigerweise war die Überaus starke Anteilnahme der pazifistischen Jugend. An erster Stelle sprach Frh. Baer über Pazifismus und Jugend; sie erntete starken Beifall.

Landtagsabgeordneter R. Schick, als Vertreter des verbotenen Reichstagsabgeordneten Hermann Müller, referierte über Pazifismus und auswärtige Politik. Eine auswärtige Politik sei heute nur möglich auf pazifistischer Grundlage. Das deutsche Volk könne nicht stark genug gegen die Behauptung der Herrscher protestieren, daß das deutsche Meer im Weltkrieg von hinten erobert worden sei, und man habe vielmehr den Krieg von vorn verloren.

Redakteur Armin I. Wegener-Berlin sprach über „Pazifismus und Persönlichkeit“. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß man ohne Jögern sich entscheiden müsse, weder freiwillig noch gezwungen an Gewalttätigkeiten des Staates und der Regierung teilzunehmen, d. h., weder den Befehl eines Soldaten noch eines Militärs oder Beamten, noch eines Militärarztes anzunehmen, keine Arbeiten in den Fabriken zu verrichten, die für den Heeresdienst arbeiten, keine Steuern zu zahlen, deren Ertrag für den Krieg oder die Vorbereitung künftiger Kriege dienen soll. Keine Macht der Erde könne den Menschen gegen seinen Willen zwingen, sich für Gewalttätigkeiten einzusetzen, die er vor seinem Gewissen nicht verantworten kann. Er habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, jede Teilnahme an unethischen Handlungen, wie sie der Menschenwürde bedeuten, zu verweigern.

Drauf Redner sprach über das Thema Pazifismus und Arbeiterbewegung. Wir müssen einen Weltzustand schaffen, der den Militarismus den Grund auf unmöglich macht; dazu können vor allem die Gewerkschaften ihre unerlässliche Arbeit in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Was habe der Krieg zur Folge gehabt? Eine Weltwirtschaft, wie sie die Weltgeschichte bisher nie gekannt, eine Weltentwicklung, die Not und Elend in die breiten Schichten der Bevölkerung getragen hat. Mit einem Mahnruf an die Arbeiter zur Mitarbeit schloß der Redner.

Schneider-Sachsen in den Reichswirtschaftsrat berufen

Der bekannte sächsische Abgeordnete der Nationalversammlung Schneider-Sachsen ist in den Reichswirtschaftsrat berufen worden.

den. Da Schneider in der Nationalversammlung als Mitglied der demokratischen Fraktion sich der Interessen der Angestellten stets warm angenommen hat, werden diese in ihm auch im Reichswirtschaftsrat eine erwünschte Stütze finden.

Sozialistisches Kabinett in Schweden

Der König hat Erlauning erlassen, das Kabinett zu bilden. Branting hat den Auftrag angenommen.

Die englische Aktion zum Wiederaufbau des Welt Handels

Internationale Zusammenarbeit gefordert.

(Eigener Drahtbericht)

London, 10. Oktober.

Im Daily Chronicle veröffentlicht ein bekannter Politiker unter dem Pseudonym „Observer“ den ersten Artikel einer Serie über die Politik, welche zum Wiederaufbau des Welt Handels geführt werden müsse. Er empfiehlt zu diesem Zweck gemeinsames Vorgehen und Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeitern, um die Kosten der Produktion herabzudrücken. Der internationale Wohlstand und die Ersparnisse des Volkes müßten herangezogen werden, um neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Das akute Problem der Arbeitslosigkeit müßte ebenso energisch bekämpft werden, wie das dringende Problem des Arbeitsmangels. Ferner empfiehlt der Verfasser internationale Zusammenarbeit auf folgender Basis:

Allgemeine Streichung der internationalen Schulden und Kriegsverpflichtungen mit Übernahme der Kosten des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete. Wenn ein allgemeines internationales Abkommen nicht erzielt werden könne, dann sollten wenigstens die Kriegsschulden der Alliierten an Großbritannien getilgt werden. Jeder Versuch, die Schuld zu zahlen, sei für den Gläubigerstaat ebenso unangenehm wie für den Schuldnerstaat. Er bewirke die Verschleppung und sei schädlich für den Export des Gläubigerstaates an den Schuldnerstaat. Der Versuch Englands, den Auslandshandel unter den bestehenden Ausführschemen wieder auf die Höhe zu bringen, könne in Europa keinen Erfolg haben. Die Abnehmerstaaten müßten besser insandt gesetzt werden, um bezahlen zu können. Kredite sollten auch für Rohstoffe gewährt werden. Die Zolltarife sollten nach Möglichkeit vermindert werden, die Wechselkurse sollten stabilisiert werden, indem der Druck von Papiergeld eingestellt und der Verkauf gemacht werde, eine internationale Valuta zu schaffen. Der Handel mit Rußland müsse gefördert, die Kartellungen eingestellt werden.

Ein Aufruf der Wiener Regierung

(Eigener Drahtbericht)

Wien, 9. Oktober.

Im Wege der politischen Korrespondenz erklärt die Wiener Regierung angelehnt der Panisammlung, der überfüllten Kurgesellschaft und verschiedener Gerüchte über eine Umformung eine „Aufruf“ an die Bevölkerung, die vor einer Stimmung gewarnt wird, welche zu einer Katastrophe führen könnte. Es heißt in dem Aufruf u. a.:

Die Lage Österreichs ist gewiß unerquicklich, hoffnungslos ist sie aber nicht. In der Augenblicksfrage ist es die Aufgabe aller, den unterliegenden Rechtsanspruch Österreichs trotz allem und allem aufrecht zu erhalten. Die Regierung, die im Begriffe steht, dieses Recht mit allen Kräften und vor den Augen ganz Europas zu verteidigen, ermahnt die Öffentlichkeit, ihr das Bewußtsein mit auf den Weg zu geben, daß hinter ihr nicht ein müßloses, sondern ein selbstvertrauensvolles Volk steht. Auch aus der wirtschaftlichen Krisensituation muß Österreich den Weg zur wirtschaftlichen Bessermöglichkeit zurückfinden.

Es muß festgestellt werden, daß die Kreditation trotz der Verzögerung ihren Fortgang nimmt. Auch ist der Tiefstand der Krone wirtschaftlich und politisch vollkommen unbegründet. Die Regierung erklärt mit allem Nachdruck, daß Österreich gewiß nicht am Ende seiner Hilfsquellen ist, daß sie in ganz kurzer Zeit das Valutacredenz vertrauensvolles Volk steht. Durch Ausführung des bereits feststehenden Wirtschaftsplanes wird nach und nach die Aufwärtsbewegung sichtbar werden. Auch darüber darf die Bevölkerung beruhigt sein, daß einmaligen Versuchen politischer Wirrtöpfe, den Ernst der Lage zu unbedachten Taten auszunutzen, entgegengetreten wird und diese von vornherein zum Scheitern verurteilt werden, da die Regierung ihnen von Anfang an entgegenwirten wird.

Nächtliches Bombardement

Wien, 9. Oktober.

Aus Wiens-Neustadt wird gemeldet: Gestern nacht wurde die Bevölkerung durch Schießereien in der nächsten Umgebung der Stadt beunruhigt. Die ungarischen Infanteristen begannen um 11 Uhr nachts die Leithabahn nächst Wiener-Neustadt zu beschießen. Die Reichswehr brachte das gegnerische Feuer zum Stillstand. Um 4 Uhr begannen die Infanteristen von beiden, die sich im Leithabogen festgesetzt hatten, die Ortsschaft Elzbühl bei Kratzelböden unter Feuer zu nehmen. Es wurde mit Maschinengewehren geschossen. Das Hauptziel war das Schloß Elzbühl, in dem deutschösterreichische Gendarmen untergebracht sind. Die Wunden wurden aus ihren Stellungen verkleidet. Die Ortsbewohner von Elzbühl sind nach Wiener-Neustadt geflüchtet.

Der österreichische Bundeskanzler Schöner ist Sonntag abend nach Venedig abgereist. Auch der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen und der Minister des Auswärtigen, Graf Banffy, sind abgereist.

Die Neuordnung der Gemeindeverfassung in Sachsen

Von
Oberbürgermeister Dr. Käpf, M. d. R.

IV.

Einheitsvertrretungskörperchaft.

Die sächsischen Gemeinden haben bisher verschiedene Systeme der Gemeindevertretungen. In den Landgemeinden ist der Gemeinderat die einzige Körperchaft, die als beratende und beschließende Behörde für alle Gemeindeangelegenheiten besteht. Die Einrichtung hat sich in den Landgemeinden bewährt. Die 58 Städte mit der Städteordnung für mittlere und kleine Städte haben ebenfalls im Stadgemeinderat nur eine Vertretungskörperchaft. Von den 85 Städten mit revidierter Städteordnung haben ebenfalls 10 einen Stadgemeinderat, während die übrigen Städte zwei Vertretungskörperchaften haben: einen Stadtrat und ein Stadtverordnetenkollegium. Der Entwurf sieht für alle Gemeinden im Gemeinderat eine Einheitsvertrretungskörperchaft vor. Damit ist die Frage zur Entscheidung gestellt, ob ganz allgemein die Vollzugsbehörde und Verwaltungsbehörde mit der Vertretung der Gemeindebevölkerung in einer Einheitskörperchaft zusammengefaßt werden soll, oder ob in den Gemeinden mit vorgeschrittener Entwicklung so wie bisher eine Vollzugs- und Verwaltungsbehörde, der Stadtrat, selbstständig neben dem Repräsentativ-Kollegium, den Stadtverordneten, stehen soll.

Die Frage wird gewöhnlich auf Einkammersystem oder Zweikammersystem abgestellt. Diese Fragestellung ist grundsätzlich. Über noch könnte man den Stadtrat mit der Regierung und die Stadtverordneten mit dem Parlament vergleichen. Aber auch dieser Vergleich ist noch fehlerhaft. Die Kernfrage ist die, ob man die unmittelbar aus der Gemeindebevölkerung gewählte Vertretungskörperchaft zugleich alleinige Trägerin der Verwaltung sein lassen will, oder ob man aus dieser Vertretungskörperchaft heraus, so wie beim Staate aus dem Parlament, eine Vollzugs- und Verwaltungsbehörde schaffen will.

Die Forderung nach der Einheitsvertrretungskörperchaft hat politischen Anstrich erhalten, nachdem auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Bremen im Jahre 1904 sie in einer Resolution angenommen worden ist, ohne freilich in das Gemeindegewählprogramm der sozialdemokratischen Partei Sachsens übernommen worden zu sein. Die Unabhängige Sozialdemokratie erhebt diese Einheitsvertrretungskörperchaft als grundsätzliche Forderung. Es ist demgegenüber zunächst festzustellen, daß die Frage nach einer Einheitsvertrretungskörperchaft oder nach einer Teilbeibehaltung des Dualismus auch vom Standpunkte demokratischer Ordnung des Gemeindegewählens an sich keinen politischen Grundfah zu berühren braucht. Wir haben auch in den staatlichen Gebilden Demokratie mit einem Einkammersystem und Demokratien mit einem Zweikammersystem, ohne daß man sagen könnte, welches System das absolut beste sei. Genau so gut kann der Wille der Gemeindebevölkerung in einem Einheitsvertrretungskörper zur Geltung kommen, wie bei einer dualistischen Vertretung, und unter beiden Systemen kann der Wille der Gemeindebevölkerung gefaßt werden.

Es ist deshalb in erster Linie aus dem Bedürfnis der praktischen Verwaltung heraus die Frage zu prüfen und zu entscheiden, ob eine Einheitsvertrretungskörperchaft auch für die Gemeinden geboten ist, die bisher eine dualistische Vertretung haben; in zweiter Linie würde die Frage zu prüfen sein, ob im besonderen die vom Entwurf entwickelte Art der Einheitsvertrretung brauchbar ist.

Ein verwaltungsmäßiger Qualitätsunterschied zwischen den Gemeinden in Deutschland mit einer Einheitsvertrretung und denen mit einer dualistischen Vertretung besteht nicht. Daraus folgt allein schon mit zwingender Notwendigkeit die verwaltungsmäßige Gleichwertigkeit der beiden Systeme. Während die Einheitsvertrretung den Vorzug der strafferen Zentralisation und unter Umständen auch den der größeren Schnelligkeit und Einfachheit in der Geschäftshandhabung hat, gewährt sie bei der Handhabung von zwei Körperchaften eine intensivere und ausgeglichene Sachbehandlung. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Durch-arbeitung wichtiger Fragen in zwei selbständigen Körperchaften eine größere Sorgfalt und eine größere Stetigkeit im Geschehen haben muß. Für sächsische Verhältnisse ist die einfache Aufgabe festzustellen, daß in der überwiegenden Mehrzahl der bedeutenden Stadgemeinden die dualistische Vertretung historisch und vor allem organisatorisch eingewurzelt ist, und daß aus Rücksicht der praktischen Verwaltung heraus bisher an keiner Stelle auch nur das entfernteste Bedürfnis zur Beseitigung dieses Systems empfunden worden ist. Und das ist das Ausschlaggebende. Jede gefundene Weiterentwicklung muß aus dem Zeitbedürfnis geboren sein. Niemand wird den Beweis führen können, daß die Abschaffung der Stadtverordneten in Sachsen ein Zeitbedürfnis ist. Wohl aber würde gegenwärtig der denkbar ungünstigste Zeitpunkt sein, die Verwaltungsorganisation gerade der bedeutendsten Gemeinden umzukrüppeln. Auf allen Verwaltungsbereichen arbeitet gerade jetzt der Apparat in den Gemeinden unter einer solchen Hochspannung und in einem so feingepfundenen und

Großschifffahrt

Senenwechsel in der Großreederei

Von P. R. Singer, Hamburg.

Wer als unbeteiligter Zuschauer die Geschehnisse und Verschiebungen im deutschen Wirtschaftsleben beobachtet, mag diese symptomatischen Neugestaltungen, die sich in unserer Großindustrie sowohl als auch neuerdings in unserer Großschifffahrt entwickeln, interessant finden, aber wie ein Schauspiel, das ihm nicht weiter persönlich betrifft, betrachten.

Heute stehen wir vor bisher der Öffentlichkeit noch nicht bekannten Tatsachen, auf die man den Finger legen und warnend hinweisen muß, um noch Unheil zu verhüten; denn vielleicht gibt es noch ein Zurück für die Verwaltung einer deutschen Großreederei vom Wege, der zunächst vielleicht Vorteile zu versprechen scheint, jedoch bei näherer Prüfung der Zukunftsmöglichkeiten besser vermieden bleibt.

Hugo Stinnes, der rastlose wirtschaftliche Eroberer, kann nicht still stehen. Leute von seinem Schlage und seinem Machtbereich werden schließlich von ihren Schöpfungen noch weitergetrieben, als sie selbst vielleicht wünschen. Vor kurzem glaubte man noch in weiten Kreisen, daß die Auseinandersetzung zwischen Stinnes und der Hamburg-Amerika-Linie bzw. dem Norddeutschen Lloyd in der Form seines Ausscheidens aus den bisher der gemeinsamen Interessensphäre angehörenden Schifffahrtsunternehmen ein Ruhestadium verlief.

Nachdem Stinnes mit seinem etwas gewaltsamen Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat der Hamburg-Amerika-Linie, die Interessen, die ihm mit diesem Konzern verbunden, gelöst hätte, hieß es schon, daß er einen scharfen Konkurrenzkampf mit seinen Schifffahrts-Gesellschaften (seiner Südamerika-Linie und der „Artus-Reederei“) gegen die Hamburg-Amerika-Linie bzw. mit ihr in Verbindung stehenden amerikanischen Harriman-Gruppe beginnen wolle.

Jeder, der die bisherige Entwicklung von Stinnes verfolgt hat, wird sich darüber klar sein, daß es nicht reine Eitelkeit von ihm war, wenn er jetzt, nachdem er nicht mehr in der Verwaltung der Paketfahrt sitzen kann, sich einen Sitz im Aufsichtsrat der anderen deutschen Großreederei sichert. Vielmehr ist es klar, daß Stinnes weit über die Befriedigung eines persönlichen Ehrgeizes hinaus bestimmte wirtschaftliche Ziele verfolgt, die eben auf nichts anderes hinausgehen, als nicht nur in der Großindustrie eine maßgebende Rolle zu spielen, sondern auch gleichsam als Abschluß seines vertikalen Wirtschaftsaufbaus, in der deutschen Großreederei festen Fuß zu fassen.

Das ist eine andere Frage. Wenn nämlich jetzt auch schon in der Weser-Zeitung das in Hamburg bereits seit einigen Tagen umlaufende Gerücht wiedergegeben wird, wonach Stinnes den Anspruch erhebt, in den Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd einzutreten, so muß man wohl annehmen, daß nun auch die Verwaltung der Großreederei über diese Bestrebungen mit genügender Klarheit unterrichtet worden ist. Bis vor kurzem wird sie wohl nicht gewußt haben, woher die umfangreichen Käufe in Aktien des Norddeutschen Lloyd an den deutschen Börsen stammten. Jetzt dürfte es ihr hinreichend klar sein, daß der eigentliche Käufer Stinnes war.

trockene und enge Grenzen hinweg sich Beziehungen und Einflüssen schafft, ist ja leicht festzustellen.

Der kluge Organisator hat offenbar erkannt, daß, um die gewünschte Rolle im Seeverkehr zu spielen, der Aufbau eigener Reedereien sehr schwierig und gerade unter den heutigen Umständen zu zeitraubend sein würde. Sein Bestreben mußte dahin gehen, sich eine ganz großzügige, schon bestehende weltbekannte Organisation in der Großschifffahrt anzugliedern. Und diese Organisation konnte ihm nur diejenige der Hamburg-Amerika-Linie oder die des Norddeutschen Lloyd bieten. Lediglich die letztere war ihm noch erreichbar, und so griff er mit starker Hand nach diesem großen Objekt.

Will man sich klar machen, welche Folgen dieser Vorgang haben kann und muß, welche Entwicklung die Dinge jetzt in der deutschen Großschifffahrt nehmen müssen, so hat man auf die Psyche des Mannes zurückzugehen, der namentlich in die Großschifffahrt eingedrungen ist. Er kann sich seiner ganzen Natur und der überragenden Stellung nach, die er bereits im deutschen Wirtschaftsleben eingenommen hat, nicht mehr mit einer bescheidenen Rolle in Unternehmungen begnügen, in deren Verwaltung er einen Sitz bekommt. Für einen Mann von dem Ausmaße und der Macht des wirtschaftlichen Napoléons, wie Stinnes genannt worden ist, kann es nur den einen Weg geben, den Einfluß, den er in solchen Gesellschaften gewonnen hat, zu einem maßgebenden auszugestalten. Sein Wille muß herrschen. So wird es auch beim Norddeutschen Lloyd gehen. Keine beneidenswerte Lage! Die Großschifffahrt muß ihrer Natur nach frei und leicht beweglich sein, wenn sie reüssieren will. Ebensovienig wie sie bei einer Verstaatlichung frei atmen und lebensfähig bleiben kann, vermöchte sie es als ein Glied einer großen privaten Wirtschaftsorganisation, wenn diese auch so genial gefügt und aufgebaut ist wie das System von Hugo Stinnes. Fehlt bei einer Großreederei die Möglichkeit ungehemmter Entschlußfassung und Bewegungsfreiheit, so wird die Gesellschaft in größte Gefahr kommen, nicht mehr konkurrenzfähig mit anderen unabhängigen Unternehmungen der Großreederei zu bleiben.

dem Weyersberg-Kirschbaum & Co., A.-G. für Waffen- und Fahrradteile in Solingen — Siegen-Solinger Gußstahlverein. In der G.-V. der Weyersberg-Kirschbaum-Gesellschaft, im

Leipziger Schnellpressenfabrik vorm. Schmiers, Werner & Stein in Leipzig. Die a. o. G.-V. nahm das von der Dresdner Schnellpressenfabrik, A.-G., in Coswig in deren G.-V. vom 22. September gemachte Angebot an, nach dem das Dresdner Unternehmen die Abteilung Offset-Rotationspressen von der Leipziger Gesellschaft übernimmt. Die Leipziger Schnellpressenfabrik A.-G. erhält dafür 2500 junge Aktien der Dresdner Schnellpressenfabrik zum Anrechnungskurs von 250 Proz., die ab 1. Oktober 1921 an der Dividende teilnehmen. Ein gegebenfalls noch zu begleicher Restkaufpreis der Dresdner Gesellschaft wird von dieser in bar erledigt werden.

Leipziger Schnellpressenfabrik vorm. Schmiers, Werner & Stein in Leipzig. Die a. o. G.-V. nahm das von der Dresdner Schnellpressenfabrik, A.-G., in Coswig in deren G.-V. vom 22. September gemachte Angebot an, nach dem das Dresdner Unternehmen die Abteilung Offset-Rotationspressen von der Leipziger Gesellschaft übernimmt. Die Leipziger Schnellpressenfabrik A.-G. erhält dafür 2500 junge Aktien der Dresdner Schnellpressenfabrik zum Anrechnungskurs von 250 Proz., die ab 1. Oktober 1921 an der Dividende teilnehmen. Ein gegebenfalls noch zu begleicher Restkaufpreis der Dresdner Gesellschaft wird von dieser in bar erledigt werden.

ap Neue Röhrenpreiserhöhung. Die Mitgliederversammlung der Deutschen Röhrenvereinigung Düsseldorf beschloß, die Preise für Gas- und Stahldröhren um 20—25 Proz. je nach Sorte und Durchmesser mit sofortiger Wirkung zu erhöhen.

ap Aus der Draht-Industrie. Wie wir hören, hat ein Teil der deutschen Drahtweberien, darunter eine Anzahl der größten Firmen, sich mit der Wirtschaftlichen Vereinigung der Drahtgewebefabriken zusammengeschlossen, die im Gegensatz zu der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Drahtweberien in Frankfurt a. M. eine vollständige Aufhebung der Außenhandelskontrolle auch für Drahtgewebe anstrebt. Diese Außenhandelskontrolle ist für alle anderen Drahterzeugnisse, wie bekannt, schon seit längerer Zeit vollständig aufgehoben.

ap Verband deutscher Zinkwalzwerke in Berlin. Der Verband erhöhte mit Wirkung ab 4. Oktober seine Grundpreise für Zinkbleche um 200 .A auf 1400 .A für 100 kg. Die letzte Preiserhöhung war am 22. September um 100 .A auf 1200 .A.

ap Rheinisch-westfälische Zinkblechhändler-Vereinigung in Düsseldorf. Die Vereinigung erhöhte mit Wirkung ab 6. Oktober ihre Lagerpreise für Zinkbleche um 229 .A auf 1671—1677 .A für 100 kg je nach Zone. Die letzte Preiserhöhung war am 25. September um 110 .A auf 1452—1458 .A.

d. Keine Erhöhung der Kohlenpreise am 1. November. Wie wir hören, wird die geplante Erhöhung der Kohlenpreise zum 1. November unterbleiben. Damit ist aber die Frage der Kohlenpreiserhöhung nicht erledigt zu betrachten, sondern man will nur die Verabschie-

den beiden größten Schifffahrtskonzernen sich herausbilden. Da Stinnes mit dem Plane selbstbewußt vorgeht, Großschifffahrt auf allen Hauptstraßen des Weltverkehrs zu treiben, so wird er den Norddeutschen Lloyd zu einem Konkurrenten der Hamburg-Amerika-Linie machen, selbst wenn er es heute persönlich noch gar nicht beabsichtigen sollte. Hinter diesem Konkurrenzkampf der beiden Reedereien, der gerade bei dem jetzigen, noch so wenig hoffnungsvollen Stadium des notwendigen wirtschaftlichen Wiederaufbaues unseres Vaterlandes, ein in allerhöchstem Grade bedauerlicher, weil schädlicher, Vorgang wäre, steht die weitere Gefahr, daß sich diesem Kampfe ein scharfer Gegensatz zwischen den beiden alten Hansestädten Hamburg und Bremen, den wichtigsten Aus- und Einfahrtshäfen des deutschen Ex- und Importes, entwickeln kann.

Der beste und wohl auch einzige Ausweg, um den drohenden Kampf zwischen den beiden Großreedereien zu vermeiden, wäre eine Aussprache zwischen den beiden leitenden Männern, die sicher von dem besten und ersten Willen besetzt sind, um unserer nationalen Wirtschaft einen solchen Schifffahrtskrieg zu ersparen und ein dauernd friedliches und freundschaftliches Miteinanderarbeiten zu ermöglichen. Dann müßte natürlich sofort eine Maßnahme getroffen werden, um ein Weitergreifen des Stinneschen Einflusses bei dem Norddeutschen Lloyd zu vermeiden und eine Abmachung zwischen den beiden Großreedereien getroffen werden, die nicht nur einen Konkurrenzkampf zwischen ihnen unmöglich macht, sondern auch einen weitgehenden Übereinstimmenden Interessenweg ebnet.

der neuen Kohlensteuergesetzes abwarten. um mit diesem gleichzeitig die angekündigte Erhöhung der Preise einzutreten zu lassen, wodurch man eine zweimalige Beunruhigung des Marktes vermeiden will.

* Vom oberschlesischen Kohlenmarkt. Am oberschlesischen Kohlenmarkt hat sich in der vergangenen Woche eine weitere Hebung der Produktion feststellen lassen. Die Wagenstellung hat sich ebenfalls günstig entwickelt, so daß die Kohlenbestände, die zu Beginn des Monats 362 000 t betrugen, haben eine leichte Verminderung erfahren.

* rt Tiefbau- und Kälteindustrie, A.-G., vormals Gebhardt & König in Nordhausen. Zu der letzten Aufwärtsbewegung in den Aktien der Gesellschaft bemerkt die Berliner Börsenzeitung, es seien Gerüchte über Interessenkäufe im Umlauf. Diese Aufmerksamkeit trifft zu, und zwar spricht man von beabsichtigter ausländischer Einflußnahme auf die Gesellschaft.

* Deutsch-Schweizerische Uhrenfabrikation, A.-G. Mit einem Kapital von 11 Mill. .A ist in Plauen obige neue Aktiengesellschaft gegründet worden, die die Herstellung von Taschenuhren, Weckern usw. in Reuß bei Plauen betreibt.

* Deutsche Bioscop-A.-G. in Berlin. Der Abschluß für 1920/21 ergibt einen Rohgewinn von 39 947 079 (i. V. 3 158 586) .A. Spezielle Unkosten (nach Verrechnung der Film- und Theaterkosten) werden mit 22 782 856 .A, allgemeine Unkosten mit 7 968 189 .A, Abschreibungen mit 85 260 992 (136 832) .A verrechnet; davon entfallen auf Negative 8 798 759 .A, auf Filmlager 10 044 118 .A und auf Debitoren 12 075 579 .A. Sonach verbleibt ein Verlust von 25 966 276 .A, der sich um den Gewinnvortrag aus dem Vorjahre mit 28 632 .A vermindert. Die Auslandsmärkte haben sich für den Film ungunstig angelesen, so daß es nur bei einem Teil der Produktion gelang, sie im Auslande abzusetzen.

* Ammendorfer Papierfabrik zu Ammendorf bei Halle a. S. Die Gesellschaft weist in 1920/21 nach dem Fabrikationsüberschuss aus. Er beträgt 5 511 689 .A (i. V. Fabrikationsgewinn 39 190 204 .A, Fabrikationskosten 29 588 603 .A, also Fabrikationsüberschuss 9 601 601 Mark). Nach Abschreibungen von 290 000 (258 000) .A verbleibt ein Reingewinn von 5 842 425 (3 297 488) .A, aus dem beabsichtigt wieder 40 Proz. Dividende auf die Stammaktien ausgeschüttet werden. Die 0,5 Mill. .A Vorzugsaktien sind 6proz. Vorgezogen werden 512 425 (507 488) .A. Die Erzeugung hat sich reichlich auf der vorjährigen Höhe gehalten und konnte in den ersten 9 Monaten leicht untergebracht werden. Die dann einsetzende Absatzminderung habe jedoch auf das Geschäftsergebnis keinen besonderen Einfluß ausüben können. Die Kapitalerhöhung um 4,1 auf 8,5 Mill. .A ist durchgeführt. Das Agio wurde dem Reservefonds angeführt, der nunmehr mit 4,02 (2,57) Mill. .A erscheint. Ein Werkerhaltungskonto wurde nicht eingerichtet. Die Kreditoren sind auf 8,96 (2,28) Mill. .A gestiegen, die Debitoren auf 11,45 (8,25) Mill. .A. Vorräte erschienen mit 4,82 (1,17) Mill. .A.

* Ueber die Lage der Juteindustrie wurde in der G.-V. der Jute- spinners und Weberei in Kassel, die die Dividende auf 25 Proz. festsetzte, mitgeteilt, daß in den drei ersten Monaten des laufenden Jahres mit übermäßigem Unkosten gearbeitet werden mußte. Inzwischen sei aber mit dem Sturz der Reichsmark die Nachfrage nach dem Erzeugnisse reger geworden, und die Preise für alle Fabrikate hätten einen notwendigen Ausgleich gefunden. Der Verwaltung sei es gelungen, sich rechtzeitig und reichlich mit Rohjute einzudecken und sich auch für diese Zwecke die erforderlichen Devisen zu beschaffen.

* Von der Rheinschifffahrt. Holländischen Blättern zufolge, die sich lobhaft mit der Frage der Rheinschifffahrt beschäftigen, ist der Handel-Konzern an der französischen Société de Navigation du Rhin mit 30—40 Proz. am Gesamtanteil beteiligt. Die Rheinschifffahrts-A.-G. Fendel, die auf Grund des Friedensvertrages 76 v. H. ihres Gesamtaktienkapitals in französische Hände überführen mußte, hat sich mit Erfolg bemüht, an Stelle dieser Bedingung die Ablieferung der größeren Zahl ihrer Schleppboote und Kähne zu setzen. Für die Entscheidungsumme, welche die Gesellschaft hierfür vom Deutschen Reich erhält, beabsichtigt sie, eine neue Flotte zu bauen, und hat bereits sechs Schlepper und 30 Rheinkähne in Auftrag gegeben.

* Kapitalerhöhungen. h Zwickauer Maschinenfabrik um 5,5 auf 10 Mill. .A. Germawerke, A.-G., in Hamburg um 4,5 auf 6,5 Mill. .A zwecks Verstärkung der Betriebsmittel infolge sehr starker Beschäftigung. Die ab 1. Januar 1922 dividendenberechtigten Aktien sollen den Aktionären zu 125 Proz. angeboten werden.

